Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 393. **Abendblatt. Sonnabend, den 25. August.** 1866.

Deutschland.

□ **Berlin**, 24. August. In Betreff der neu erworbenen Länder billigt die Presse aller Parteifarben die Regierungspolitik: man erkennt allgemein die Nothwendigkeit eines Uebergangsstadiums und vertraut, daß das provisorische Verhältniß, weit entfernt zu einer Personal-Union zu führen, möglichst schnell in das definitive der förmlichen Einverleibung übergehen werde. Von Wichtigkeit für den Uebergang der in Rede stehenden Länder in den preußischen Staatsverband ist auch das eben so allgemeine Anerkenntniß, daß der von den Beamten den früheren Landesherren geleistete Diensteid und eben so der Huldigungseid durch die neu geschaffenen Verhältnisse alle und jede bindende Kraft verloren hat. Die „Zeitung für Norddeutschland" geht auf diesen Gegenstand in gründlicher und überzeugender Weise ein und hebt besonders hervor, wie jene Eide nicht irgend einer Person, sondern dem Landesherrn als solchem geleistet sind, ihre verpflichtende Kraft also mit dem thatsächlichen Aufhören dieses Verhältnisses nothwendig erlischt. Es ist nur zu wünschen, daß alle Betheiligten in jenen Ländern, zumal in Hannover, dies klar erkennen und sich durch die Agitationen der Adelspartei nicht beirren lassen, welche ohne sich selbst dabei irgend einer Gefahr auszusetzen, die Beamten anreizt der preußischen Regierung den Dienst zu versagen. — In Preußen ist es wohl nur eine Stimme in der Wüste, wie die Jacobi's, welcher sich gegen den neuen Ländererwerb überhaupt erklärt. Dieser Erklärung gegenüber finden selbst redikale Blätter, wie die „B. Reform", daß Jacobi denn doch zu abstrakt und einseitig urtheile und hierin keineswegs die Mehrzahl der Volkspartei vertrat. Gestern soll nunmehr wirklich der Friede zwischen Preußen und Oesterreich unterzeichnet sein. Mit Würtemberg ist der Friedensvertrag am 13., mit Baden am 17., mit Baiern am 22. unterzeichnet worden. Neben dem schon anderweitig Bekannten ist dabei auch die Abschaffung der Schifffahrtsabgaben auf dem Rheine zwischen den deutschen Uferstaaten stipulirt. Der Zollverein bleibt zunächst mit sechsmonatlicher Kündigung bestehen; nach erfolgter Ratifikation der Friedens-Instrumente treten Bevollmächtigte zusammen, um wegen vollständig neuer Regulirung der Zollvereins-Verhältnisse, sowie gleichzeitig wegen Weiterentwickelung der den Personen- und Frachtverkehr auf den Eisenbahnen betreffenden Bestimmungen zu unterhandeln. — Ueber den Sinn und die Bedeutung der den süddeutschen Staaten und namentlich Baiern gewährten milden Friedensbedingungen, habe ich schon gestern eingehender berichtet. Daß Frankreich darauf eingewirkt, und Hr. v. d. Pfordten vorgestellt haben soll, das „Hinweggehen über die Wünsche und Bedürfnisse Baierns werde sowohl dieser Staat als ganz Süddeutschland in den Vorkommnissen der Zukunft zu den Feinden Deutschlands und Preußens hinüberdrängen", ist durchaus unrichtig. Frankreich hat sich gar nicht in die Sache gemischt, und der bairische Premier nichts der Art geäußert. — Die beim Ausbruche des Krieges angeordnete bekannte Einschaltung in das sonntägliche Kirchengebet kommt auf Anordnung des evangelischen Oberkirchenraths von jetzt ab wieder in Wegfall.

Berlin, 25. August. Der König nahm am Freitag Vormittags die Vorträge des Polizei-Präsidenten v. Bernuth und des Chefs des Militair-Kabinets v. Treskow entgegen, und besichtigte alsdann um 11 Uhr, umgeben von den Prinzen Carl, Adalbert und Georg und gefolgt von der Generalität, den General- und Flügeladjutanten rc. unter den Linien die vierten Bataillone des Garde-Füsilier-Regiments, des Kaiser Alexander- und des Kaiser Franz-Garde-Grenadier-Regimentes und die Ersatzmannschaften der Garde-Infanterie, der Garde-Kavallerie, der Garde-Artillerie und des Garde-Trains mit den Fahrzeugen. Der Vorbeimarsch erfolgte an der Blücher-Statue und die Parade kommandirte der General von Griesheim. Bei dieser Besichtigung erschien der König auf der Rappstute, welche er in der Schlacht bei Sadowa von Morgen bis Abend geritten hatte und die deshalb zum Andenken an den Tag den Namen „Sadowa" erhalten hat. Das Dejeuner dauerte bis gegen 2 Uhr und machte darauf der König eine Ausfahrt. Nach einer Konferenz mit dem Geheimrath v. Savigny hielt der Ministerpräsident Graf Bismarck Vortrag, welcher von ½1 Uhr an im auswärtigen Amte eine Minister-Konferenz abgehalten hatte.

— Die „N. P. Z." schreibt: Die Zollvereinsverträge werden Baiern gegenüber auch ferner, aber mit sechsmonatlicher Kündigung ihre Gültigkeit behalten. Ueber die fernere Regelung der Zollvereinsverhältnisse und die bessere Regelung des Personen- und Güterverkehrs auf den Eisenbahnen sollen besondere Verhandlungen eröffnet werden.

Die Erhebung der Schifffahrtsabgaben auf dem Rheine wird künftig in Wegfall kommen.

Mit Oesterreich sind die Friedensverhandlungen dem Abschlusse nahe.

— Der König hat dem General-Feldmarschall Grafen Wrangel an dem Tage, an welchem er vor 70 Jahren in die Armee eintrat, den Kronen-Orden 1. Klasse mit Schwertern an dem Emaille-Bande des Rothen Adler-Ordens verliehen, und gleichzeitig als Geschenk sein lebensgroßes Bildniß, in einem prachtvollen Rahmen, von dem Hofvergolder Noack angefertigt, hinzugefügt. Außerdem hat der König befohlen, daß das ostpreußische Kürassier-Regiment Nr. 3 nunmehr den Namen „Graf Wrangel" führen soll.

In militärischen Kreisen erwartet man, nach Mittheilung des „Publ.", bei dem bevorstehenden umfangreichen Avancement rc. für Auszeichnung vor dem Feinde mit großer Bestimmtheit die Erhebung einiger Generale zu der höchsten Würde eines Feldmarschalls, worunter sich auch ein an die Kampagne betheiligt gewesener deutscher Fürst befinden soll. Ebenso wäre die Charge eines General-Obersten der Infanterie (in gleichem Range eines Marschalls) einem Mitgliede des Königlichen Hauses vorbehalten. Bekanntlich sind grundsätzlich Prinzen der Königlichen Familie von Verleihung der Feldmarschallswürde ausgeschlossen.

— Seit Beginn des Krieges war der Andrang junger Leute zum einjährigen freiwilligen Dienst bei den verschiedenen Ersatz-Truppentheilen ein so starker, daß, wie der „Publicist" meldet, mit Eintritt der Friedensverhältnisse nunmehr sich Meldende auf längere Zeit abgewiesen werden müssen, da unter den gewöhnlichen Verhältnissen die Zahl bei den einzelnen Bataillonen nur auf eine bestimmte Höhe bemessen ist.

— Die Militär-Bildungs-Anstalten werden mit dem 1. Oktober d. J. ihre gewöhnliche Thätigkeit wieder aufnehmen, so die hiesige Kriegs-Akademie, die vereinigte Artillerie- und Ingenieur-Schule, wofür bereits die erforderlichen Lehr- und Inspektionskräfte bestimmt sind. Das hiesige Kadettenhaus dient den Kadetten aus Wahlstadt in Schlesien einstweilen zum Aufenthalte und die obere Aufsicht führt hier der Generallieutenant v. Holleben.

— Seitdem es bestimmt ist, daß der feierliche Einzug unserer Truppen durch das Brandenburger Thor erfolgt, ist man eifrigst bemüht, sich für diesen Tag Fenster in den Häusern Unter den Linden zu sichern, und wird dadurch deren Preis bedeutend in die Höhe getrieben. Für zwei Fenster sind bereits 100 Thlr. bezahlt worden.

— Seit Kurzem hält sich hier ein hochstehender russischer Jurist, der Wirkl. Geh. Staatsrath und Präsident des Warschauer Obergerichts, v. Ivanischeff, auf, um das preußische Gerichtsverfahren aus eigener Anschauung kennen zu lernen.

— In Kurhessen sollen namentlich die Geistlichen, nicht nur katholischen, sondern auch evangelischen Glaubens, im Stillen gegen die Einverleibung Kurhessens in Preußen agitren. (?)

— Eine in Hannover erschienene, gegen die Einverleibung dieses Landes in Preußen gerichtete Broschüre ist vielen preußischen Landtags-Abgeordneten zugegangen.

— Unmittelbar nach Kenntnißnahme der Annexion seines Landes an Preußen hat der Herzog von Nassau in seiner Eigenschaft als preußischer General dem König seinen Austritt aus der preußischen Armee notifizirt und ebenso der Würde als Chef des westphälischen Ulanen-Regiments Nr. 5 entsagt.

— Aus Wien schreibt man der „Köln. Ztg.": Ueber die oft besprochene Diözesanfrage wird der Friedensvertrag mit Oesterreich wahrscheinlich nur die allgemeine prinzipielle Bemerkung enthalten, daß zwischen dem bischöflichen Sprengel von Breslau und den erzbischöflichen Spengeln von Prag und Olmütz ein Gebietsaustausch stattfinden werde. Die speziellen Bestimmungen dieses Austausches, der das jetzige Uebergreifen der einzelnen Sprengel in den Nachbarstaat verhindern soll, werden später von einer besonderen, aus geistlichen und Administrativ-Beamten gemischten Kommission festgesetzt werden.

— Der zweite Kriminalsenat des Obertribunals hat kürzlich über die Zeugnißpflicht der Zeitungs-Redakteure wieder einen wichtigen Beschluß gefaßt. Durch die Beschlüsse des Kreisgerichts und des Apellationsgerichts war die Klage eines Staatsanwalts auf Ungültigkeitserklärung einer Ehe zurückgewiesen. Unmittelbar darauf wurden die Verhandlungen hierüber in einer Weise durch die Zeitung veröffentlicht, welche nothwendig die Verletzung der Amtsverschwiegenheit eines Gerichtsbeamten oder eines Beamten der Staatsanwaltschaft voraussetzten. Dies veranlaßte die Staatsanwaltschaft zur Verfolgung des Disziplinarvorgehens beim Gericht, die Vernehmung des Redakteurs als Zeugen über die Person des Einsenders zu beantragen; die Gerichte erster und zweiter Instanz wiesen aber die Vernehmung ab. Auf die Beschwerde der Oberstaatsanwaltschaft hat nun aber das Obertribunal die Vernehmung angeordnet.

— Gestern Vormittag hatte die Kommission zur Prüfung des Wahlgesetzes für den Reichstag des norddeutschen Bundes ihre dritte Sitzung, welcher als Regierungs-Kommissare der Wirkliche Legationssekretär Hepke und für das Ministerium des Innern der Abgeordnete Graf zu Eulenburg beiwohnten. Die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung gab zuvörderst zu einer Kontroverse Anlaß, deren endgültige Entscheidung bis zur definitiven Feststellung des ganzen Gesetzentwurfes vertagt worden ist. Es war nämlich das Alinea 2 des §. 4: „Verbüßte oder durch Begnadigung erlassene Strafen wegen politischer Verbrechen schließen von der Wahl nicht aus" in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen und diese Thatsache zugleich mit der von dem Vorsitzenden, Abgeordneten Simson, hinzugefügten Interpretation in das Protokoll übergegangen, daß auch Ehrenstrafen von der Wahl nicht ausschließen. Nicht in das Protokoll aufgenommen war aber die widersprechende Auffassung des Regierungs-Kommissars, Grafen zu Eulenburg, daß nach der Ansicht der Regierung der Verlust der Ehrenrechte allerdings von der Wahl ausschließe. Diese Differenz wird, wie gesagt, erst später ihre Erledigung finden. Alsdann ging die Diskussion über zu dem §. 5 („Personen, die ein öffentliches Amt bekleiden, bedürfen zum Eintritt in den Reichstag keines Urlaubs"). Dazu hat der Referent, Abgeordnete Twesten, folgenden Zusatz beantragt: „Der Reichstag prüft die Vollmachten seiner Mitglieder und entscheidet über ihre Zulassung. Er regelt seine Geschäftsordnung und Disziplin. Kein Mitglied des Reichstags darf wegen der in Ausübung seines Berufes gethanen Aeußerungen oder wegen seiner Abstimmungen außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden." Regierungs-Kommissar Graf zu Eulenburg: Die Regierung erachte eine solche Stellung der Versammlung und der einzelnen Abgeordeten als selbstverständlich, halte aber das Wahlgesetz nicht für die geeignete Stelle, solche Bestimmungen auszusprechen. Die Meinungs-Verschiedenheit zwischen der Regierung und der Vertretung des Landes habe sich nur auf das Recht, Privatinjurien zu verfolgen, bezogen. Bestimmungen, wie die vorgeschlagenen, gehörten in die Verfassung. Auch sei zu erwägen, daß die Verfassungsbestimmungen in Betreff der beschränkten und unbeschränkten Redefreiheit in den verschiedenen deutschen Staaten verschieden seien, und daß es sich hier darum handle, ein für alle Staaten gültiges Wahlgesetz abzufassen. Für das Amendement Twesten erklärten sich die Abgg. Groote, Lette, Frech, John (Labiau) und Löwe, weil die neue Versammlung zusammentrete ohne die Grundlage einer Verfassung, in welcher die nothwendige Rechtsgarantie gegeben sei. Der Abg. Lette berührte die Frage in Betreff der Stellvertretungskosten der Abgeordneten und wies auf das Bedenkliche der Wiederkehr derselben Uebelstände hin, welche im Kreise der preußischen Landesvertretung empfunden worden sind. Der Reg.-Kommissar Hepke wies dieses Mißtrauen, das aus den preußischen parlamentarischen Erlebnissen hervorgegangen, als für den Reichstag nicht zutreffend zurück, und es dürfe auf die Stimmung der übrigen deutschen Staaten nicht übertragen werden. Abg. Löwe: Gerade mit Rücksicht auf die annektirten Staaten, die nach der Rechtsauffassung der preußischen Regierung, und, wie er hier erfahren, vieler Rechtsgelehrten, durch die Beseitigung ihrer Fürsten auch ihre Verfassungen und damit das Organ zur Geltendmachung des Rechtes verloren haben, habe das preußische Abgeordnetenhaus eine Ehrenpflicht dadurch zu üben, daß es für die volle Rechtssicherheit der neuen Versammlung und ihrer Mitglieder Sorge trage. Der Abg. Reichensperger sprach sich sehr lebhaft und ausführlich zu Gunsten des Twesten'schen Amendements aus und erinnerte daran, daß ja die Möglichkeit vorhanden sei für nicht preußische Abgeordnete, von der preußischen Staatsanwaltschaft für ihre Aeußerungen im Reichstage verfolgt zu werden. Der Vorsitzende, Abg. Simson, schloß sich dieser Auffassung ebenfalls an und sprach die Erwartung aus, daß das Staatsministerium noch vor Erlaß des Wahlgesetzes andere befriedigende Erklärungen in Betreff der verlangten Garantien abgeben werde. Er empfahl das Amendement und hielt ein besonderes Gesetz neben dem Wahlgesetz für überflüssig. Bei der Abstimmung wird §. 5 mit dem Amendement Twesten angenommen. Zu §. 6, der von den Wahlkreisen handelt, hat der Abg. Groote folgendes Amendement beantragt: „die Wahlbezirke müssen mit den für die Wahlen zum Abgeordnetenhause gebildeten Wahlkreisen zusammenfallen." Der Reg.-Kommissar, Graf zu Eulenburg, bemerkte dazu, daß die Regierung bei der Bildung der Wahlkreise für das Parlament sich, soweit als möglich, an die für das Abgeordnetenhaus bestehenden Wahlkreise anschließen werde, daß aber die Forderung des Herrn Antragstellers in ihrem vollen Umfange unerfüllbar sei, da in Preußen bisher 176 Wahlkreise existirten und 193 Abgeordnete für den Reichstag zu wählen seien. Es restiren somit 17 Abgeordnete, für welche eine Modifikation der bestehenden Wahlkreise unerläßlich sei. Schließlich wurde der §. 6 der Regierungs-Vorlage mit Einschaltung der gesperrt gedruckten Worte, die der Abg. Lette beantragte, ohne das Amendement Groote in folgender Fassung angenommen: „Auf durchschnittlich 100,000 Seelen der nach der letzten Volkszählung vorhandenen Bevölkerung ist ein Abgeordneter zu wählen. Ein Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen der Gesammtbevölkerung des Staates wird vollen 100,000 Seelen gleich gerechnet. Jeder Abgeordnete ist in einem besondern Wahlkreise zu wählen." Zu §. 7 („Die Wahlkreise werden zum Zwecke des Stimmabgebens in kleinere Bezirke eingetheilt") wurden von den Abgg. Lette, Hinrichs und Groote Amendements beantragt, um die Zahl der Wähler in den Wahlbezirken festzustellen. Gegen derartige Bestimmungen erklärten sich der Referent, Abg. Twesten, die beiden Vorsitzenden Simson und Löwe und der Abg. Hammacher, weil sie es für unmöglich hielten, dem tendenziösen Einfluß der Beamten durch solche Bestimmungen wirksam entgegen zu treten, da von der Art der Ausführung derselben doch schließlich Alles abhänge. Auch träfen die angeregten Bedenken eher bei der indirekten, als bei der direkten Wahl zu. Reg.-Kommissar Graf zu Eulenburg, erklärte, daß die Regierung sich auch bei der Eintheilung der Wahlbezirke für die Reichstagswahlen an die bereits bestehenden anzuschließen Willens sei, aber die Frage noch nicht als abgeschlossen betrachte. Die bestehenden Bezirke schwankten zwischen 760 und 1750 Wählern. In Belgien seien die Bezirke nicht unter 200 und nicht über 600 Wähler stark. Die Kommission lehnte schließlich sämmtliche Amendements ab und nahm den §. 7 der Vorlage unverändert an. Schluß der Sitzung 2 Uhr.

— Der Bericht der Budgetkommission über die Vorlage, betreffend die Indemnität und den Kredit von 154 Millionen für das Jahr 1866 ist durch den Referenten Abg. Twesten so weit gefördert, daß er in den ersten Tagen der nächsten Woche zur Vertheilung kommen und die Diskussion im Plenum am Schlusse derselben Woche stattfinden kann. Unserm letzten Bericht über die Sitzung der Budgetkommission vom 21. d. M. fügen wir ergänzend noch folgendes zu: Der Abg. Krieger (Berlin) regte die Frage an, ob die im Amendement Twesten Art. I. in Bezug genommene Uebersicht der Ist-Einnahme und Ausgabe für die Jahre 1862—65 zuvor einer Prüfung durch eine Subkommission zu unterziehen sei, wofür sich im Fall der Annahme des Twesten'schen Vorschlages die Abgg. Dr. Virchow u. A. aussprachen. Der Abg. Krieger ließ jedoch das erhobene Bedenken fallen, da sich ergab, daß die fraglichen Uebersichten, und zwar einschließlich des Jahres 1865, lediglich rechnungsmäßig festgestellte Zahlen enthielten.

— Am Donnerstag Nachmittag 3 Uhr ist Seitens des Präsidiums des Abgeordnetenhauses bei dem Könige angefragt worden, wann die Ueberreichung der Adresse des Hauses stattfinden dürfe. Bis gestern Mittag hatte das Präsidium noch keine Mittheilung deshalb erhalten; doch nimmt man an, daß die Deputation am Sonntag empfangen wird.

— Die besondere Kommission für die Kreditforderung von

60 Millionen hat noch keine Sitzung gehabt und außer der bekannten Vorlage noch keine Mittheilung über die Motive der Forderungen und den Umfang des Bedarfes erhalten, ohne welche die Kommission ihre Arbeiten schwerlich beginnen kann. Nach einer Aeußerung des Finanzministers hat sich die Regierung ihre bezüglichen Schritte bis dahin vorbehalten, daß die Indemnitäts- und Kreditvorlage für 1866 vom Abgeordnetenhause genehmigt sind.

Hadersleben, 20. August. Der Kommandant der Gendarmerie hat sich in Begleitung eines Gendarmerie-Offiziers hier einige Tage aufgehalten und von hier eine Inspektionsreise längs Schleswigs Nordgrenze angetreten. — Dem Vernehmen nach werden folgende Kirchspiele in der Nordwestecke des Amtes Hadersleben bei einer eventuellen Abstimmung in Betracht kommen: Hjerting, Skrave, Hügum, Lintrup, Kalslund, Fohl, Oesterlinnet, Hoirup, Spandet, Reisbye, Roagger und Hvidding.

Dresden, 23. August. Die gestrigen Dresdener Nachrichten enthalten eine, wie es scheint, halboffizielle Erwiderung gegen die in mehreren Blättern, der Kölnischen, Deutschen Allgemeinen und Ihrer Zeitung enthaltenen Angaben über die Existenz und das Treiben einer Hof-Camarilla, ohne jedoch etwas Thatsächliches für diese gegentheilige Behauptung anführen zu können. Glücklicherweise stehen übrigens die Verhältnisse so, daß durch ein solches Treiben keine Aenderung in dem Gange der großen Politik herbeigeführt werden kann. In der Provinz beginnt es sich zu regen. Erst in den letzten Tagen war wieder in Frankenberg eine Versammlung von Bürgern zusammengetreten, welche sich für den Eintritt Sachsens in den Bund, Theilnahme am Parlament, Einführung des Einkammersystems in Sachsen ohne ständische Gliederung, Reorganisation des Gemeindewesens aussprach. Die am 26. in Leipzig stattfindende Versammlung der liberal-nationalen Partei wird ebenfalls auf die öffentliche Stimmung des Landes von Einfluß sein, welches doch allmälig zu der Ansicht kommt, daß die von den Beust'schen Organen vielgeschmähte Pfeffersackpolitik Leipzigs die allein richtige und den Landesinteressen entsprechende war. Das Verfahren des Leipziger Polizei-Direktors Metzler gegen die jüngsten Versammlungen der dortigen Liberalen, und die perfide Haltung desselben, der privatim die Versammlung unbehindert zulassen zu wollen versprach, nachher aber trotzdem ihr Zustandekommen verbot, hat gerechtes Aufsehen erregt. Metzler gehörte vor der Märzrevolution zu den liberalen Phrasenmachern und Schreiern, die die Gelegenheit benutzten, in den Staatsdienst überzutreten und trotz des Verfassungsbruches und der Reaktion in demselben zu verbleiben. Seitens des Civil-Kommissariats ist, wie man hört, die Veranstaltung in umfassendster Weise getroffen, um Herrn Metzler und Genossen die Wiederholung ähnlicher Handlungsweise zu ersparen. Verschiedene theils effektuirte, theils in der Vorbereitung begriffene Maßregeln deuten bereits darauf hin, daß Dresden der permanente Sitz des preußischen Militärgouvernements bleiben wird, und daß die Hoffnungen der Hofpartei, Dresden wenigstens von preußischer Besatzung fern zu halten, vergeblich sind. Dem Vernehmen nach ist sogar die Erwerbung des Hotel Bellevue, in welchem bereits seither das Militärgouvernement und das Civilkommissariat sich befanden, in Aussicht genommen worden. Die Forderung für dieses große Gebäude soll 400,000 Thlr. betragen. Die Reisenden würden es gewiß ungern sehen, wenn dieses Etablissement, welches durch seine reizende Lage und seinen Comfort so wohl bekannt ist, dem Privatverkehr entzogen würde.

Leipzig, 23. August. Der preußische Civilkommissar von Wurmb hat den bisherigen Kreisdirektor (Regierungs-Präsidenten) v. Burgsdorf von seinem Amte suspendirt.

Schmalkalden (Kurh. Enclave in Thüringen), 21. August. Zur Vollendung der Besetzung Kurhessens rückte am 17. d. eine Kompagnie des 30. preußischen Regiments hier ein, um die Enclave Schmalkalden vor der im preußischen Landtage erklärten Einverleibung Kurhessens besetzt zu haben. Die Truppen fanden hier eine freundliche Aufnahme und werden aufs Beste verpflegt.

Mainz, 23. August. In Angelegenheiten der kurhessischen Armeedivision ist der Kommandeur des 3. Regiments, Oberstlieutenant von Bischofshausen, vorgestern nach Berlin abgereist. Nach dessen Zurückkunft wird der Abzug der Truppen beginnen. Vorerst werden dieselben wahrscheinlich in ihr Heimathland zurückgehen. Die vollständige Mobilisirung der Division ist nie zu Stande gekommen, indem das Eintreffen der Reservisten, die Effektirung der Lieferungen, das Beibringen der Remontepferde 2c. durch das rasche Eindringen des preußischen Heeres vereitelt wurde. Mit dem Abzug der kurhessischen Armeedivision entsteht eine bedeutende Lücke in der Besatzung der Festung, welche schon gegenwärtig nicht viel über die Stärke vor dem Kriege betragen. Ebenso wird das kleine Korps nassauischer Truppen, welches bereits gestern seinen Auflösungs-Prozeß mit der Versteigerung seiner Pferde begonnen hat, abziehen und die jetzt schon leerstehenden prächtigen Kasernen auf die Besatzung der Zukunft warten. Kastell beginnt man langsam zu räumen, und nach guten Quellen soll der Einzug der preußischen Truppen in der vorläufigen Stärke von 3 Regimentern in den letzten Tagen dieses Monats bevorstehen. Unsern Ultramontanen will diese Wendung der Dinge natürlich nicht in den Kopf, und das „Abendblatt" begreift nicht, „wie süddeutsches Gebiet von norddeutschen Truppen besetzt werden könne."

Ausland.

Paris, 21. August. Die Versuche mit neuen Geschossen werden fortgesetzt, nicht bloß mit Handfeuerwaffen. In Meudon werden Versuche mit einer Kanone angestellt, welche zwölf Schüsse in der Minute abfeuert, und mit Bomben von einer ganz neuen Einrichtung. Die Bereitung wird sehr geheim gehalten und selbst die dabei beschäftigten Feuerwerker können sich in Folge der Theilung der Arbeit nicht von dem Wesen des neuen Wurfgeschosses Rechenschaft geben. — Der Ausfall der diesjährigen Getreideernte wird auf nicht weniger als 32—40 Prozent geschätzt. Darnach eröffnet sich für Frankreich die unerfreuliche Aussicht 30—40 Millionen Hektoliter Getreide zur Deckung des Bedarfs vom Auslande zu beziehen. Aus Vorsorge hat man bereits und zwar noch zu ziemlich mäßigen Preisen, Aufkäufe in Deutschland und Ungarn machen lassen. Man segnet jetzt das Freihandelssystem und diesen Thatsachen gegenüber werden auch die letzten Feinde desselben zu besserer Einsicht gelangen. In Folge der lang anhaltenden Regengüsse ist der Wasserstand der Seine augenblicklich ein ungewöhnlich hoher.

Paris, 22. August. Der Hof zieht zu Anfang Septembers nach Biarritz; die Vorbereitungen sind fertig. Heute hatte der Kaiser im Ministerrathe wieder den Vorsitz, mit seiner Gesundheit geht es also besser.

London, 23. August. Das Bankett zu Ehren des früheren Gouverneurs von Jamaika fand gestern Abend in Southampton Statt. Ungefähr hundert Mitglieder der Bürgerschaft und des Adels der Umgegend nahmen daran Theil, und der Mayor von Southampton präsidirte. Zu derselben Zeit wurde in einem anderen Theile der Stadt ein zahlreich besuchtes Entrüstungs-Meeting unter dem Vorsitze von General Tryon abgehalten, worin Eyre's Verfahren in den stärksten Resolutionen verurtheilt wurde.

— Mit außerordentlichen Lobeserhebungen kommentirt der „Globe" Graf Bismarck's Rede für die Einverleibungsbill. Sie sei voll Freimuth und Verstand. Man sehe, daß der preußische Staatsmann, der schon so kräftig für die Einigung Deutschlands gewirkt, mit Maß und umsichtiger Würdigung der Thatsachen weiter wirken wolle. Wie er Sachsen und Süddeutschland behandle, so habe England Schottland behandelt und dort sei es erfolgreich gewesen; weil es einen andern Weg in Bezug auf Irland einschlug, habe es dort ein dauerndes Element der Schwäche und Unruhe geschaffen.

— Seitdem bekannt geworden, daß bei den Gewehrprüfungen zu Paris in letzter Woche man sich für das „Fusil Chassepot" als für das vorzüglichste, „überlegen jeder anderen französischen und preußischen Waffe", entschieden, begehrt man auch hier neue Prüfungen, damit die in Angriff genommene Bewaffnung der englischen Armee mit dem „Gewehr Snyder" nicht später zu Enttäuschungen führe.

— Von den letzten Reform-Meetings erwähnen wir eines vorgestern in dem Stadthause von Leeds abgehaltenen, das sich für allgemeines Stimmrecht aussprach und auch in Leeds eine Verbindung, um dieses Ziel anzustreben beschloß. — In Birmingham ist eine große Reform-Demonstration, welcher Bright beizuwohnen versprochen hat, für nächsten Montag vorbereitet. — In Manchester beabsichtigt man, im Oktober ein großes Reform-Bankett abzuhalten.

Rom. In Civita-Vecchia sind, wie die „Wiener Zeitung" meldet, vor einigen Tagen zwei spanische Kriegsschiffe eingetroffen. Ein Gerücht bringt die Ankunft derselben mit der Frage einer allfälligen Uebersiedlung des Königs Franz II. nach Spanien in Verbindung. Auch eine französische Korvette ist in Civita-Vecchia angekommen. Sowohl an Bord derselben, als auch an Bord mehrerer französischer Messagerie-Dampfer sind Kriegsmaterialirn, der französischen Regierung gehörend, verladen worden.

Kopenhagen, 21. August. Wie verlautet, wird in Dänemark die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht vorbereitet und die Aufhebung des Stellvertretungssystems.

Aus **Konstantinopel** sind der „H. N." Nachrichten zugegangen, welche eine unblutige Beilegung des Aufstandes der Candioten in Aussicht stellen wollen. Hiernach beabsichtige die Pforte, Kreta an den Vice-König von Egypten zu verkaufen. Die Bewohner der Insel sollen damit einverstanden sein, da Candia bereits früher einmal unter egyptischer Oberhoheit stand und sich einer milden Regierung zu erfreuen hatte. Der Divan sei für das Projekt um so mehr eingenommen, als einestheils die Verwaltung der Insel größere Ausgaben erfordert, als sie einbringt, und als anderntheils der Preis der Cession ein sehr bedeutender und bei den zerrütteten Finanzen willkommen sein würde. Im Fall, daß sich diese Nachrichten bestätigen, würde es der Frage vorbehalten bleiben, wie sich die griechische nationale Aufregung zu einem solchen Arrangement stellen wird. Andere Nachrichten wissen über das Projekt Nichts, vielmehr soll denselben zufolge bereits ein Zusammenstoß der Truppen mit den Insurgenten stattgefunden haben.

Pommern.

Stettin, 25. August. Dem Stettiner Hülfsvereiu ging nachfolgendes Schreiben zu:

„Wenngleich ich den Herren des Comités bereits in Goltsch-Jenickau meinen lebhaften Dank für die reichen Gaben, deren freundliche Ueberbringer die Herren waren, mündlich ausgesprochen, so fühle ich mich doch gedrungen, nachdem ich weiß, daß diese Gaben sämmtlich in die Hände der verschiedenen Truppentheile gelangt sind, nochmals im Namen der 3. Infanterie-Division den geehrten gütigen Gebern den herzlichsten Dank zuzurufen.

Die Liebesgaben, so werthvoll sie an und für sich schon sind, so zeitgemäß und nützlich sind sie besonders im Kampf gegen die todtbringende Epidemie gewesen, sie erhalten eine um so schönere Bedeutung als sie zugleich ein Zeugniß geben von dem innigen Bande, welches zwischen Volk und Heer im preußischen Lande besteht, sie sind ein wirksames Mittel das Bewußtsein dieser Zusammengehörigkeit rege zu erhalten, und in den Soldaten die schöne Ueberzeugung nicht ersterben zu lassen, daß man daheim in treuer werkthätiger Liebe unserer gedenkt, die wir ausgezogen sind, nach besten Kräften zu kämpfen, mit Gott für König und Vaterland.

In diesem Sinne haben wir Ihre reichen gütigen Gaben aufgenommen und sagen Ihnen wiederholt unsern herzlichsten Dank.

K.-Q., Weißwasser, den 18. August 1866.

gez.: v. Werder.

Generallieutenant und Kommandeur der 3. Infanterie-Division.

— Durch ein irrthümliches Signal wurde heute Morgen gegen 9 Uhr die Feuerwehr allarmirt.

— Von gestern bis heute sind an der Cholera vom Civil im 1. Pol.-Rev. erkrankt, 1, gestorben, 1; im 2. Rev. erkrankt, 1; im 3. Rev. resp. 1 und 3; im 5. Rev. 4 und 5; vom Militär gestorben, 1; zusammen erkrankt 7, gestorben 10.

— (Außerordentliche Stadtverordneten-Sitzung am 24. August.) Der Magistrat theilt ein Schreiben des Oberbürgermeisters Hering mit, worin dieser anzeigt, daß zum 1. Juli 1867 seine Wahlperiode abläuft und das Weitere anheimstellt. Die Versammlung beschließt, eine Kommission von 8 Mitgliedern für diese Angelegenheit zu wählen. — Die in der vorigen Sitzung zur Herstellung eines Weges von dem Ziegenthore bewilligten 120—150 Thaler werden erneuert der Oekonomie-Deputation zur Disposition stellt, wenn auch der früher in Aussicht genommene Pächter eines dort anzulegenden Lagerplatzes diesen nicht übernehmen sollte. — Die Finanz-Kommission schlägt vor, die Stellvertretungskosten mit monatlich 42 Thaler für den zur Kammer einberufenen Oberlehrer Schmidt für die gegenwärtige Session zwar noch zu bewilligen, für die Zukunft aber überall keine Stellvertretungskosten mehr zu gewähren. Nach längerer Debatte wird dieser Kommissionsantrag mit 21 gegen 20 Stimmen angenommen. — Der Magistrat schlägt vor, zum Empfange der heimkehrenden Truppen, bei Gelegenheit ihres Einmarsches in die Stadt, diese festlich zu schücken, am Abend zu illuminiren und die Truppen selbst festlich zu bewirthen, und beantragt, zu diesem Zwecke: Mitglieder zu einem gemischten Fest-Comité, welches durch Bürger-Deputirte zu verstärken sein würde, zu ernennen und 6—8000 Thlr. zu bewilligen. Die Finanz-Kommission befürwortet diese Anträge, schlägt vor, 8 Mitglieder in das Comité zu wählen, stellt aber der Erwägung des Comité's anheim, ob nicht ein Unterschied zu machen wäre, wenn die früher hier gestandenen, und also bekannten Truppen, oder wenn andere Truppen hierher kämen. Nach einiger Debatte wird der Antrag des Magistrats von der Versammlung unbedingt mit großer Majorität angenommen. — Für einen stellvertretenden Arzt im städtischen Krankenhause werden pro Tag 1 Thlr. Diäten bewilligt. — Dem Theater-Direktor Carlschulz ist auf drei Jahre eine jährliche Subvention von 2000 Thlr. durch Gaslieferung zugesichert, wenn kein Krieg eintritt. Der Magistrat beantragt, ungeachtet des eingetretenen Krieges, diese Subvention fortzugewähren. Die Finanz-Kommission beantragt die Ablehnung dieses Antrages. Nach längerer Debatte, in welcher mehrfach behauptet, daß durch die Subvention nicht der davon gehoffte Zustand des Theaters erzielt sei, genehmigt die Versammlung mit großer Majorität die weitere Bewilligung. — Die Stadt-Schul-Deputation hat ein Gutach,en über die künftigen Funktionen eines städtischen Musik-Direktors vorgelegt. Dennoch erklärt sich die Finanz-Kommission gegen Anstellung eines solchen und Bewilligung der geforderten 300 Rt. Gehalt. Die Majorität der Versammluug genehmigt indessen sowohl die Anstellung eines städtischen Musik-Direktors, als das Gehalt. — Als Schiedsmann für den Königsbezirk wird Herr Karl Kauzow wiedergewählt, die Neuwahl für den ausscheidenden Schiedsmann im Gertrudbezirk wird bis zur nicht-öffentlichen Sitzung vertagt. — Schließlich wird die von der betreffenden Kommission entworfene Beschwerde an den Herrn Ober-Präsidenten wegen Nichtbestätigung der Herren Dr. Wolff und Keil zu Mitgliedern der Stadt-Schul-Deputtaiou verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Stargard, 24. August. (Starg. Ztg.) Das 9. Regiment soll nach seiner bald zu erwartenden Rückkehr nur bis Michaelis hier in Garnison bleiben, dann aber nach Schleswig-Holstein oder Hannover versetzt werden, während unsere künftige Garnison in jenen neuerworbenen Landestheilen ausgehoben würde. So schreiben höhere Offiziere an ihre Angehörigen.

Neueste Nachrichten.

Dresden, 24. August, Nachm. Das „Dresdener Journal" veröffentlicht einen Königlichen Erlaß, in welchem die Minister angewiesen werden, auf ein ehrliches und freundliches Zusammengehen mit Preußen Bedacht zu nehmen.

Triest, 24. August, Morgens. Die mit der Levantepost eingelaufenen Nachrichten aus Athen gehen bis zum 18. d. Mts. Der König hat den Gesandten der Schutzmächte erklärt, er könne nicht theilnahmloser Zuschauer der Lage bleiben, in welcher sich die griechische Bevölkerung auf Kandia befindet. Der König ersuchte die Gesandten, von dieser Erklärung ihren Regierungen Kenntniß zu geben. In Athen hat sich aus den aus Kandia Gebürtigten eine patriotische Genossenschaft gebildet. Der türkische Gesandte reklamirte hiergegen. Die Insurgenten von Kandia haben dem General Kalergis den Oberbefehl angeboten, doch hat der König diesem die erforderliche Ermächtigung nicht eher ertheilen wollen, als bis er vom Ergebniß der Schritte, welche bei den Schutzmächten gethan werden, unterrichtet sein wird. Demonstrationen, welche gegen die Türken in Patras versucht wurden, sind von den Behördeu verhindert worden.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Berlin, 25. August, Mittags. Abgeordnetenhaus. Ein Schreiben Bismarcks zeigt an, daß der König heute Nachmittag $2\frac{1}{2}$ Uhr die Adreß-Deputation empfängt. Die Bankvorlage und die oktroyirten Verordnungen werden, meist ohne Debatte, angenommen.

Wien, 24. August. Authentisch: Der Friedensvertrag mit Preußen ist gestern Abend unterzeichnet und geht nach Wien zur Ratifikation ab. Nach der Auswechselung der Ratifikationen beginnt die Räumung der besetzten Landestheile. Zur gänzlichen Räumung Böhmens ist eine dreiwöchentliche Frist festgestellt.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 24. August, Vormittags. Angekommene Schiffe: Orpheus (SD), Regeser von Königsberg. Wind: NO. Strom ausgehend. Revier $15\frac{1}{6}$ F.

Börsen-Berichte.

Stettin, 25. August. Witterung: schön. Temperatur: + 20° R. Wind: SO.

An der Börse.

Weizen flau, loco pr. 85pfd. gelber neuer 68—70 Rt. bez., alter 62—67 Rt. bez., 83—85pfd. gelber August $69\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Gd., September-Oktober $67\frac{1}{2}$ Rt. Br., $67\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Gd., Oktober-November $66\frac{1}{4}$ Rt. bez., Br. u. Gd., November-Dezember 65 Rt. bez., Frühjahr $66\frac{1}{2}$ Rt. Br. u. Gd.

Roggen matt, pr. 2000 Pfd. loco $42\frac{1}{2}$, $43\frac{1}{2}$ Rt. bez., August, August-September u. September-Oktober $43\frac{1}{4}$ Rt. bez., Oktober-November 43, $42\frac{3}{4}$ Rt. bez. u. Gd., November-Dezember $42\frac{1}{2}$ Rt. bez., Frühjahr 43, $43\frac{3}{8}$, $\frac{1}{4}$ Rt. bez., Mai-Juni $43\frac{3}{4}$ Rt. Br.

Gerste Oderbruch loco $40\frac{1}{2}$—$39\frac{1}{2}$ Rt. bez., pr. 70pfd. schlesische September 40 Rt. bez. u. Br., neue schles. $39\frac{1}{2}$—$41\frac{1}{2}$ Rt. bez.

Hafer ohne Umsatz.

Winterrübsen loco 78—$81\frac{1}{2}$ Rt. bez., September-Oktober $82\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez.

Rüböl fester, loco $12\frac{1}{6}$ Rt. Br., August do., September-Oktober $12\frac{1}{12}$ Rt. Br., 12 Gd., Oktober-November $12\frac{1}{12}$ Rt. Br., 12 Gd.

Spiritus matt, loco ohne Faß $14\frac{1}{2}$ Rt. bez., August-September und September-Oktober $13\frac{3}{4}$ Rt. bez., Frühjahr $14\frac{1}{4}$, $\frac{1}{6}$ Rt. bez.

Landmarkt.

Weizen 66—70 Rt., Roggen 42—44 Rt., Gerste 36—40 Rt., Erbsen 48—53 Rt. per 25 Schffl., Hafer 24—26 Rt. per 26 Schffl., Stroh pr. Schock 7—8 Rt., Heu pr. Ctr. 10—15 Sgr.

Hamburg, 24. August. Getreidemarkt ganz unverändert und matt. Weizen per September-Oktober 5400 Pfd. netto 117 Bankothaler Br., 117 Gd, pr. Oktober-November 117 Br., 115 Gd. Roggen pr. August-September 5000 Pfd. Brutto 72 Br., 71 Gd., pr. September-Oktober 73 Br. u. Gd. Oel ruhig pr. August 26, pr. Oktober $26\frac{1}{4}$. Kaffee lebhaft, 12,000 Sack Santos verkauft. Zink 2000 Ctr. pr. September-Oktober zu $13\frac{5}{8}$ verkauft.. Wetter sehr schön, heiß.

Beim Schluß des Blattes war unsere Berliner Depesche noch nicht eingetroffen.